

Pressedienst Nr. 16456
Montag, 30. Jänner 2023

Totschnig fordert Einbindung des EU-Agrarrats bei branchenrelevanten Themen	1
EU will Zollfreiheit für Agrar- und Lebensmittelimporte aus der Ukraine überdenken	2
Schmiedtbauer kritisiert Gesetz zur Wiederherstellung der Natur als Mogelpackung	2
Eingewanderte Pflanzenschädlinge auf dem Vormarsch	3
Schärdinger senkt Butterpreise um mehr als 6%	5
EU-Schlachtrindermarkt bleibt ohne Impulse trotz kleinem Angebot	5
Fazit Wintertagung 2023: EU-Ziele überfordern Betriebe und schaden der Umwelt	6
Bauernbund: EU-Entscheidungen für Landwirtschaft brauchen fachliche Expertise	8

Totschnig fordert Einbindung des EU-Agrarrats bei branchenrelevanten Themen

Initiative aus Österreich wird von 15 Mitgliedstaaten unterstützt

Brüssel, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - Die EU-Landwirtschaftsminister haben heute, Montag, unter anderem über die aktuelle Situation auf den Agrarmärkten hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine, über Möglichkeiten der Bioökonomie sowie über die bevorstehende Überarbeitung der Rechtslage bei Tiertransporten beraten. Zudem forderte Bundesminister **Norbert Totschnig** gemeinsam mit 15 Amtskolleginnen und -kollegen in einem "Kompetenzbrief", dass der europäische Landwirtschaftsrat verstärkt in Entscheidungs- und Verhandlungsprozesse eingebunden wird, wo unter anderen Energie-, Klima- und Umwelt-Dossiers die europäische Landwirtschaftspolitik direkt beeinflussen.

"Wenn Entscheidungen in anderen EU-Ratsgremien getroffen werden, die unmittelbare Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben, dann muss die Landwirtschaft auch am Verhandlungstisch sitzen. Doch derzeit werden immer mehr Themen ohne oder unter geringer Einbindung land- und forstwirtschaftlicher Expertise entschieden. Darum fordere ich mit Unterstützung von 15 Mitgliedstaaten den schwedischen Ratsvorsitz dazu auf, wieder den Weg des Dialogs einzuschlagen und den EU-Agrarrat verstärkt einzubeziehen", erklärte Totschnig. Österreich stehe zum Green Deal, doch Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz müssten mit der Lebensmittelversorgungssicherheit Hand in Hand gehen.

Auf Initiative von Totschnig wurde das Schreiben verfasst, das von Finnland, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern mitgetragen wird. Zentrale Forderung ist, dass bei Vorschlägen der EU-Kommission mit direkten Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft der Agrarrat, wie auch alle Vorbereitungs- und Arbeitsgremien, das sind etwa der Sonderausschuss Landwirtschaft und die Ratsarbeitsgruppe Forstwirtschaft, umfassend eingebunden werden. Eine themenübergreifende Ad hoc-Arbeitsgruppe, die sich auch aus Land- und Forstwirtschaftsexperten zusammensetzt, soll eingerichtet werden und relevante Aspekte diskutieren und prüfen. Darüber hinaus soll der Landwirtschaftsrat regelmäßig über den Status quo informiert werden sowie die land- und forstwirtschaftliche Expertise in anderen Ratsgremien Niederschlag finden.

Nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine gelte es, in Europa den Spagat zwischen Ernährungssicherheit und den angedachten EU-Maßnahmen, die zum Verlust von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in der Union führen könnten, zu finden. Aus diesem Grund sei es von größter Wichtigkeit, gemeinsam mit allen relevanten Ratsgremien aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingebunden zu sein. "Die gemeinsame und geschlossene Vorgangsweise der Mehrheit der Mitgliedstaaten zeigt, dass Österreich hier ein Thema aufgegriffen hat, dass für zahlreiche Mitgliedstaaten von großer Bedeutung ist", unterstrich Totschnig. (Schluss)

EU will Zollfreiheit für Agrar- und Lebensmittelimporte aus der Ukraine überdenken

Östliche EU-Mitgliedstaaten beklagen Marktdruck

Brüssel/Kiew, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - Im Zuge des Krieges in der Ukraine hat die EU sämtliche Zölle auf ukrainische Agrarprodukte und Lebensmittel ausgesetzt. Die weitgehende Handelsliberalisierung, die auch die Aussetzung von Zöllen für Agrar- und Lebensmittelimporte aus der Ukraine vorsieht, wurde im Zuge der russischen Invasion im Eiltempo genehmigt, wie das Nachrichtenportal Euractiv laut Dow Jones News erläutert. Derzeit ist sie auf ein Jahr befristet und soll im Juni 2023 überprüft werden. Zudem sollte die zeitweilige Aussetzung der Zölle die kriegsgebeutelte ukrainische Wirtschaft ankurbeln und die schrittweise Integration des Landes in den EU-Binnenmarkt begründen.

Der Zustrom an ukrainischen Produkten setzt allerdings die Landwirtinnen und Landwirte in einigen Mitgliedsstaaten zunehmend unter Druck, wie es in dem Bericht weiter heißt. Daher sei die EU-Kommission bereits dabei, die Aussetzung zu überdenken. Insbesondere die sogenannten Solidaritätskorridore bereiteten Probleme, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Quelle zu Euractiv.

Die Solidaritätskorridore, die im Mai 2022 nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine eingeführt wurden, umfassen wie berichtet Maßnahmen, um den Export von landwirtschaftlichen Gütern über alle möglichen Routen zu unterstützen. Die Korridore gelten dabei als äußerst erfolgreich: Allein im Dezember wurden laut EU-Kommission insgesamt 3 Mio. t Getreide über diese Korridore exportiert. Dieser Erfolg habe sich jedoch als zweischneidiges Schwert erwiesen, heißt es, da der erhebliche Zustrom von Getreide zu Spannungen in den benachbarten EU-Ländern führte.

So warnten etwa rumänische Getreideerzeuger laut Euractiv bereits im September, dass sie der Zustrom ukrainischen Getreides über die "Solidaritätskorridore" an den Rand des Bankrotts treibe. Auch in Polen häuften sich zuletzt ähnliche Befürchtungen. Insbesondere die Nachbarländer der Ukraine - darunter Polen, Ungarn und Rumänien - pochten deshalb darauf, die negativen Auswirkungen der ukrainischen Importe auf ihre Wirtschaften zu bekämpfen, so die Quelle. Deshalb drängten die Nachbarstaaten der Ukraine derzeit darauf, die Zollregelungen für einige Produkte zu überdenken. (Schluss)

Schmiedtbauer kritisiert Gesetz zur Wiederherstellung der Natur als Mogelpackung

Intakte Umwelt im ureigenen Interesse der Land- und Forstwirte

Brüssel, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - Als Mogelpackung und Ungerechtigkeit gegenüber der EU-Land- und Forstwirtschaft bezeichnete **Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Agrarsprecherin im EU-Parlament, das von der EU-Kommission geplante Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. "Die Flächenversiegelung ist ein Problem und eine intakte Umwelt und ein stabiles Klima sind Grundvoraussetzungen für die Arbeit in und mit der Natur. Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Klima sind im ureigenen Interesse der Land- und Forstwirte", verdeutlichte Schmiedtbauer anlässlich der heute, Montag, präsentierten Stellungnahme des Agrarausschusses im Europaparlament.

Schmiedtbauer kritisierte den Kommissionsvorschlag zudem als nicht zeitgemäß. "Die Europäische Kommission möchte die Natur wieder auf den Stand der 1950er Jahre zurückversetzen. Diese Forderung ist alleine deshalb schon absurd, weil damals rund 200 Mio. Menschen weniger in Europa gelebt haben als heute", so die EU-Abgeordnete. Zudem habe der Flächenverbrauch insgesamt zugenommen. "Wenn es nach dem am Tisch liegenden Vorschlag geht, sollen die Land- und Forstwirte die ganze Zeche zahlen. Wenn wir ihre Arbeit unter dem Deckmantel des Umwelt- und Klimaschutzes einschränken, würden wir damit unsere Ernährungssicherheit gefährden und geradewegs in die Import-Falle tappen, weil sich die Produktion dann in Länder außerhalb der EU verlagert, wo teils fragwürdige Klima-, Umwelt- und Tierschutzstandards herrschen", warnte Schmiedtbauer.

Vorschlag ist absurd und unfair

"Ganz abgesehen davon, dass wir Umwelt und Klima sicher keinen Gefallen damit tun, wenn wir die Land- und Forstwirtschaft aus Europa vertreiben, ist der Vorschlag der Europäischen Kommission schlicht und einfach unfair. In den 1950er Jahren hat ein durchschnittlicher Österreicher auf 15 m² gewohnt, heute sind es 55 m². Man stelle sich vor, jeder von uns müsste ein oder zwei Zimmer seiner Wohnung aufgeben, damit dort Insektenhotels aufgestellt oder biodiversitätsfördernde Pflanzen gezüchtet werden können. Das klingt absurd und würde zurecht zu einem Aufschrei führen. Genau das ist es aber, was unseren Land- und Forstwirten und -winnen droht. Als Europäische Volkspartei sagen wir daher entschieden Nein zu dieser Attacke auf unsere Bodenbewirtschaftlerinnen und Bodenbewirtschaftler", so Schmiedtbauer. (Schluss)

Eingewanderte Pflanzenschädlinge auf dem Vormarsch

AGES und LK Österreich starten 2023 Monitoring der Grünen Reiswanze

Wien, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - Durch den Klimawandel mit heißen Sommern und milden Wintern bereiten den bäuerlichen Betrieben hierzulande immer mehr gebietsfremde Schadinsekten Probleme. Im Vorjahr häuften sich insbesondere Meldungen über die Grüne Reiswanze, die bei Hülsenfrüchten, Gemüse und Obst oftmals massive Schäden verursacht. Um die Situation zu überwachen und bäuerlichen Betrieben in den betroffenen Regionen zu effizienten Pflegemaßnahmen raten zu können, starten die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) und die Landwirtschaftskammern (LK) heuer ein gemeinsames Reiswanzen-Monitoring im Rahmen des bekannten Pflanzenschutz-Warndienstes.

Die Grüne Reiswanze war bis vor wenigen Jahren in Europa nur im Mittelmeerraum verbreitet, seit 2015 ist sie aber auch bei uns etabliert. 2021 wurde erstmals in einem Sojabohnenfeld in Wien ein massiver Befall gemeldet. Zahlreiche Larven und erwachsene Tiere findet man vor allem in Kleingartenanlagen und Gemeinschaftsgärten in urbanen Regionen wie Wien und Graz. Vereinzelt Meldungen in Ober- und Niederösterreich zeigen bereits, dass sich die Grüne Reiswanze in Österreich ausbreitet.

Die Grüne Reiswanze kann beträchtliche Schäden an Hülsenfrüchten, Gemüse und Obst anrichten. In trockenen und heißen Sommermonaten vermehrt sie sich stark. "Wir führen daher ab heuer in Kooperation mit den Landwirtschaftskammern ein österreichweites Monitoring durch", sagen

Thomas Kickinger und **Anton Reinl**. "Überwacht werden die Leguminosen Sojabohne, Gemüsesoja und Buschbohne. Meldungen und Berichte über Auftreten und Entwicklung der Grünen Reiswanze werden über die Pflanzenschutz-Warndienst-Webseite (warndienst.at) veröffentlicht", berichten Kickinger und Reinl.

"Es ist zu befürchten, dass dieser schwer bekämpfbare Schädling auch in Österreich zu deutlichen Ertragseinbußen führen wird. Um Lebensmittel zu retten und unsere Pflanzenbaubetriebe genau zur richtigen Zeit in den betroffenen Regionen zu Kontrollen und Pflegemaßnahmen raten zu können, halten wir ein gemeinsames Monitoring samt Warndienst für wichtige Maßnahmen. Zielgerichteter, effizienter Pflanzenschutz ist eine Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft", betont LK Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**

Grüne Reiswanze: Einer der bedeutendsten Schädlinge unter den Baumwanzen

Die Grüne Reiswanze befällt hauptsächlich Hülsenfrüchte wie die Sojabohne und zählt daher zu den bedeutendsten Schädlingen dieser Kulturen. Aber auch zahlreiche Gemüse-, Obst- und Ackerkulturen sowie Ziergehölze und -pflanzen zählen zu den Wirtspflanzen. Die Wanze verursacht Saugschäden an Früchten, wodurch es zu Fleckenbildung, Verkorkungen und Deformationen kommt. Dadurch sinkt die Qualität der Ernteware beträchtlich. Außerdem können Reiswanzen den Geschmack der Früchte beeinflussen, da sie ein unangenehm riechendes Sekret abgeben.

Im Nymphenstadium ist die Grüne Reiswanze zu Beginn schwarz mit weißen Punkten. Mit zunehmender Entwicklung ändert sich ihre Färbung. Die erwachsenen Tiere haben eine einheitlich grüne und rotbraune Grundfärbung. Es gibt aber auch Exemplare mit weißem Kopf und Halsschildvorderrand. Verwechslungsgefahr besteht mit der in Österreich heimischen Grünen Stinkwanze. Durch eine weiße Punktreihe am unteren Ende des Halsschildes und den hell gefärbten, durchsichtigen Teil der Flügel unterscheidet sich die Grüne Reiswanze aber deutlich von dieser Wanzenart.

Schwierige Bekämpfung der erwachsenen Tiere

Eine direkte Bekämpfung mit zugelassenen Insektiziden gegen saugende Insekten ist zwar möglich, allerdings kann gegen die erwachsenen Tiere meist keine ausreichende Wirkung erzielt werden. Natürliche Gegenspieler, wie die nur 1 bis 2 mm kleine Schlupfwespe *Trissolcus basalis* und eine Raupenfliege, existieren zwar, sind in Österreich allerdings nicht erhältlich.

Umso wichtiger ist daher laut AGES die regelmäßige Kontrolle der Pflanzenbestände auf Eigelege und Nymphen. Engmaschige Insektenschutzgitter (1 bis 1,5 mm) in Glashäusern verhindern lediglich den Zuflug von außen. Die Grüne Reiswanze überwintert allerdings häufig schon in den Konstruktionsteilen von Glashäusern und wird dort sehr früh im Jahr aktiv. "Die Grüne Reiswanze ist ein gutes Beispiel dafür, wie schwierig es in vielen Fällen ist, unsere Pflanzenbestände und Ernten vor Schädlingen zu schützen. AGES, LKÖ und weitere Institutionen arbeiten daher intensiv zusammen, um die Schädlingssituation zu überwachen und möglichst effiziente und nachhaltige Schutzmaßnahmen zu erreichen", betonen AGES- und LKÖ-Vertreter. (Schluss)

Schärdinger senkt Butterpreise um mehr als 6%

Kostenvorteile werden an Handelspartner weitergegeben

Wels, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - Nach einer leichten Marktentspannung senkt Schärdinger mit Anfang Februar die Preise für sämtliche Marken-Buttersorten für alle österreichischen Handelspartner um mehr als 6%, kündigte das Unternehmen heute, Montag, an. Es sei davon auszugehen, dass die Reduktion auch an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werde. "Die konkrete Regalpreisgestaltung obliegt dann selbstverständlich dem jeweiligen Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen", erklärte Geschäftsführer **Josef Braunshofer**

Gerade bei Produkten mit hohem Rohstoffeinsatz haben sich 2022 die Verteuerungen in allen Bereichen der Lieferkette besonders stark kumuliert. Während für die Abfüllung von Trinkmilch nur ein Liter Rohmilch benötigt wird, sind für die Herstellung von Butter 20 Liter Milch notwendig. "Nachdem sich die Produktions- und Verarbeitungskosten schon für einen Liter Milch im Jahr 2022 massiv verteuert haben, wirkte sich das bei Butter nochmals zwanzigfach stärker aus. Dies führte, trotz aller betriebsinternen Einsparungen, auch zu notwendigen und spürbaren Preisanpassungen für Butter", erklärte das Unternehmen. Zudem seien der Produktionsaufwand und Energieeinsatz bei der Butterherstellung sehr hoch.

Das letzte Jahr habe die Hersteller von Milchprodukten "extrem" gefordert. Neben massiven Kostensteigerungen hatten sie gleichzeitig mit Lieferproblemen in der gesamten Lieferkette zu kämpfen. Um die Kosten der Erzeugung noch decken zu können, wurden die Produktpreise angehoben. "Eine Maßnahme, die uns nicht leichtfiel, aber notwendig war, um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können", so Braunshofer, der die aktuelle Preissenkung "ohne Zeitverzug" an die Konsumenten weitergeben möchten. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt bleibt ohne Impulse trotz kleinem Angebot

Österreich: Sinkende Preise für Schlachtkühe und -kälber

Wien, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - EU-weit fällt das Angebot an Schlachtrindern weiterhin klein aus und trifft auf eine ruhige Nachfrage. Derzeit fehlen die Impulse vom Fleischhandel. In Deutschland hat sich vor allem bei Jungstieren die Forderung nach Abschlägen seitens der Schlachtindustrie deutlich verstärkt. Trotz überschaubarer Stückzahlen lassen sich bei weitem nicht alle Tiere vermarkten. Die nachgelagerten Stufen agieren mit Vorsicht und wollen möglichst wenig Ware einlagern. Davon betroffen sind auch qualitativ hochwertige Kalbinnen, teilt die Rinderbörse mit.

In Österreich ist das Angebot im Jungstierbereich etwas gestiegen bei einer verhaltenen Nachfrage seitens des Lebensmitteleinzelhandels (LEH). Das Geschäft in der Gastronomie und Hotellerie ist derzeit etwas rückläufig und in hochpreisigen Segmenten werden die Lagerstände wieder aufgebaut. Auch im LEH-Bereich gibt es wenig Aktivitäten im Jungstierbereich, was sich zusätzlich negativ auf den Absatz auswirkt. Ähnlich ist die Situation bei Kalbinnen, wo vor allem bei hochwertigeren Kalbinnen Marktdruck herrscht. Bei Redaktionsschluss konnten für Jungstiere und Kalbinnen noch nicht mit allen Marktteilnehmern Preiseinigungen erzielt werden.

In der Schlachtkuhvermarktung sind die Angebotsmengen etwas gestiegen und die Marktlage stellt sich anders als in den letzten Wochen dar. Nachfrageseitig wird es im Export schwieriger. Die Exportgeschäfte Richtung Holland, Frankreich und Spanien geraten unter Druck und die Preise tendieren leicht nach unten. Die Schlachtkälberpreise gehen aufgrund rückläufiger Nachfrage ebenfalls zurück.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Schlachtkühen mit einer Preissenkung auf 3,20 Euro/kg Schlachtgewicht und von Schlachtkälbern mit einer Reduktion auf 6,65 Euro/kg. Für Jungstiere und Kalbinnen wurde keine Notierung festgelegt. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Fazit Wintertagung 2023: EU-Ziele überfordern Betriebe und schaden der Umwelt

Heimische Bäuerinnen und Bauern bei Klima- und Naturschutz vorbildlich

Wien, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - "Österreichs Bäuerinnen und Bauern haben die richtigen Antworten auf aktuelle Herausforderungen, seien es die Verwerfungen am internationalen Markt durch den Ukraine-Krieg, der Kampf gegen den Klimawandel oder eine ausreichende Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel und Rohstoffe. Wir müssen ihnen nur die richtigen Rahmenbedingungen bieten und sie produzieren lassen. Die EU-Agrar- und Umweltziele sowie die geplante Bürokratieflut werden sie jedoch überfordern. Zahlreiche familienbasierte Betriebe in Österreich werden das nicht stemmen können", fasst **Hans Mayrhofer**, Generalsekretär des Ökosozialen Forums Österreich & Europa, Eckpunkte der jüngsten Wintertagung zusammen, an der über 3.000 Personen vor Ort und online teilgenommen haben.

Zahlreiche Expertinnen und Experten äußerten diese Sorge bei der 70. Wintertagung zum Thema "Selber produzieren, statt Krisen importieren". Mayrhofer fordert daher eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft im Sinne der ökosozialen Idee: "Die Bäuerinnen und Bauern können ökologische Ziele nur erreichen, wenn sie trotzdem wirtschaftlich produzieren können. Ist das nicht der Fall, werden sie ihre Tore für immer schließen. Ökonomische Aspekte müssen daher stärker berücksichtigt, die Bäuerinnen und Bauern eingebunden sowie Anreize gesetzt werden. Sonst drohen Ertragsrückgänge, steigende Importe und eine zunehmende Abhängigkeit, während Krisen und ein größerer CO₂-Rucksack nach Europa eingeführt werden. Es wird Zeit, vorwärts und nicht rückwärts zu denken."

Wie das aussehen kann, präsentierten über 120 renommierte Expertinnen und Experten bei der Wintertagung. Einigkeit herrschte darüber, dass die Unternehmen der Wertschöpfungskette enger und kontinuierlich zusammenarbeiten müssen. Das ist auch die Voraussetzung für eine echte und nachhaltige Kreislaufwirtschaft, die Ernährungssicherheit gewährleistet, zu einer nachhaltigen Energieversorgung beiträgt sowie Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen schafft.

Menschen von Qualität und Nachhaltigkeit der heimischen Produktion überzeugen

Europa muss die Produktion wichtiger und kritischer Produkte erhalten oder zurückholen, um die Abhängigkeit zu verringern, eine Versorgungssicherheit vor allem in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten und die Klimabilanz weiter zu verbessern. WIFO-Zahlen belegen die hohe Klimateffizienz der heimischen Produktion: Demnach kommt Österreich im Bereich der CO₂-Äquivalente auf 1,68 kg pro Euro Wertschöpfung - in Deutschland sind es um 20% mehr.

"Um diese weiter zu verringern, müssen geschlossene, regionale Kreisläufe geschaffen werden. Denn Studien zeigen, dass eine Kreislaufwirtschaft nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist", so Mayrhofer. Es brauche zudem ein Umdenken beim Konsum und bei der Verschwendung von Lebensmitteln sowie ein Bekenntnis zur Produktion in Österreich. "Dazu müssen wir den Menschen kommunizieren, dass unsere kleinstrukturierte Land- und Forstwirtschaft ein Erfolgskonzept ist und unsere Bäuerinnen und Bauern kreativ, innovativ, bestens ausgebildet sowie zunehmend digitaler sind. So können wir eine nachhaltige Versorgung erreichen", unterstreicht Mayrhofer. "Dabei sind alle Glieder der Lebensmittel-Wertschöpfungskette, von der Forschung bis zum Teller, gefordert."

Land- und Forstwirtschaft liefern Antworten für Energiefragen

Auch in der Forstwirtschaft müssten die Potenziale des Waldes als Kohlenstoffspeicher und -senke, als Energiequelle und zur Substituierung von fossilen Brennstoffen sowie als wichtiges Element der Kreislaufwirtschaft stärker genutzt werden. Gleichzeitig müssten alle Funktionen des Waldes berücksichtigt und erhalten werden. Grundlage sei eine nachhaltige und klimafitte Waldbewirtschaftung. Dazu sehen die Experten - analog zur Landwirtschaft - die EU in der Pflicht, ganzheitliche Strategien zu entwickeln, die die Heterogenität der Länder berücksichtigen und Innovation fördern. Herausforderungen gebe es zudem bei der Schließung von Materialkreisläufen, im logistischen Bereich und bei der branchenübergreifenden Kooperation, um alle Potenziale zu nutzen.

"Die Vorträge haben gezeigt, dass die Wälder besser als Kohlenstoffspeicher genutzt werden können, wenn sie bewirtschaftet sind. Sie weisen bei einer Durchforstung und schrittweisen Verjüngung ohne Kahlschlag auch eine vergleichbare oder höhere Biodiversität auf. Unbewirtschaftete Wälder werden spätestens zwischen 2050 und 2060 gesättigt sein. Wir müssen also beim Umbau der Wälder hin zu ganzheitlich und nachhaltig bewirtschafteten Beständen schneller werden. Dazu braucht es Anpassungen der Strategien der EU im Bereich Wälder und Holzwirtschaft sowie eine stärkere Einbindung der Forschung und Praxis für die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaftsstrategie in Österreich", betont Mayrhofer. "Um die Netto-Null bei CO₂-Emissionen zu erreichen, müssen wir innovative Technologien nutzen und entwickeln. Für Österreichs Technologiesektor bieten sich dabei enorme Chancen."

Innovation fördern, Fortschritt ermöglichen

Wie Innovation aussehen kann, zeigten u.a. **Michael Obersteiner**, Direktor des Environmental Change Institutes der Oxford Universität, und **Andreas Holzinger** vom Human-Centered-Lab am Institut für Forsttechnik der Universität für Bodenkultur Wien. Obersteiner hebt die Potenziale der zirkulären Bioökonomie hervor: "Das fängt bei Biogas an, aber im Verbund mit der Materialwirtschaft und den erneuerbaren Energien. Dabei wird Kohlenstoff aus pflanzlicher Biomasse dazu verwendet, den Wasserstoff zu tragen, der aus den erneuerbaren Energien kommt. Den Wasserstoff nur aus der Biomasse zu holen, wird nicht ausreichen. Zudem müssen wir CO₂ aus der Atmosphäre holen und in die Böden und geologischen Formationen bringen."

Holzinger betont, dass man vor allem in der Forstwirtschaft künstliche Intelligenz und die Möglichkeiten der "Human-Robot-Collaboration" stärker einsetzen muss, um die Forstarbeiter zu unterstützen und die Sicherheit zu erhöhen. "Man kann damit mehr erreichen und Herausforderungen besser lösen, die einer allein nicht lösen kann. Wir verbinden dazu das Wissen und die Daten der Maschinen mit dem Hausverstand der Menschen und lassen sie interagieren. Dazu entwickeln wir Algorithmen, die robust, nachvollziehbar, erklärbar und interpretierbar sind. Und wir können Waldflächen digitalisieren und eine digitale Abbildung des Waldes erstellen. Mit diesen Daten können die Forsttechnik trainiert sowie die Forstwirtschaft optimiert werden."

Detaillierte Informationen zur Wintertagung 2023 sowie die Mediathek stehen unter oekosozial.at zur Verfügung. (Schluss)

Bauernbund: EU-Entscheidungen für Landwirtschaft brauchen fachliche Expertise

EU-Agrarrat muss stärker eingebunden werden

Brüssel, 30. Jänner 2023 (aiz.info). - Anlässlich des heutigen EU-Agrarrates in Brüssel fordert Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig gemeinsam mit 15 weiteren Agrarministern den schwedischen Ratsvorsitz auf, den EU-Landwirtschaftsrat verstärkt in Entscheidungen mit direkten Auswirkungen auf den Agrarbereich einzubinden. "Es kann nicht sein, dass Beschlüsse mit unmittelbaren Folgen für die Land- und Forstwirtschaft ohne bäuerliche Vertreter getroffen werden", kritisiert Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** die aktuelle Situation.

"Es ist fahrlässig, die Betroffenen außen vor zu lassen und das politische Gewicht zu Ungunsten unserer Bäuerinnen und Bauern zu verteilen, die dann die Folgen derartiger Beschlüsse mittragen müssen. Entscheidungen für die Landwirtschaft brauchen Expertise aus der Landwirtschaft. Die Initiative von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig ist daher dringend notwendig und sollte auch tunlichst umgesetzt werden", so Strasser.

Versorgung muss gewährleistet bleiben, Bauern brauchen Perspektiven

Konkret wird gefordert, den Landwirtschaftsrat bei Kommissionsvorschlägen im Bereich von Klima, Energie und Umwelt umfassend einzubinden und eine themenübergreifende Ad-hoc-Arbeitsgruppe aus land- und forstwirtschaftlichen Experten einzusetzen. "Die GAP sieht nicht nur ein erhöhtes Maß an Umweltschutz vor, sondern auch die Gewährleistung der Versorgung und der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Zudem muss es für unsere Bauernfamilien wirtschaftlich attraktiv bleiben, 365 Tage im Jahr die Bevölkerung zu ernähren. Viele Zielsetzungen des Green Deal müssen dahingehend überarbeitet werden, um den ökosozialen Weg und die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich weiterhin zu forcieren", fordert Strasser.

Der Kompetenzbrief an die schwedische Ratspräsidentschaft sei ein deutliches Zeichen in Richtung der Entscheidungsträger. "Der Schulterschluss über Staatsgrenzen hinweg zeigt die Bedeutung dieses wichtigen Themas. Es braucht eine starke bäuerliche Stimme in der europäischen Gesetzgebung, um ein Gleichgewicht zwischen einer ökologischen Wirtschaftsweise und einer sicheren Versorgung zu wahren", so Strasser. (Schluss) OTS 30.01.2023, 13:32

